

Niederschrift RAT/VII/20

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 26.10.2006 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, 48720 Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Bürgermeister

Niehues, Franz-Josef

Die Ratsmitglieder

Barenbrügge, Theodor	ab TOP 2 ö.S.
Branse, Martin	
Everding, Clara	
Fedder, Ralf	
Fliß, Thomas	
Haßler, Christa	
Henken, Theodor	ab TOP 2 ö.S.
Isfort, Mechthild	
Kuhl, Horst	
Löchtefeld, Klaus	
Mensing, Hartwig	
Neumann, Michael	
Newman, Claudia	
Niehues, Hubert	ab TOP 2 ö.S.
Reints, Hermann	
Riermann, Günter	
Rottmann, Josef	
Schenk, Klaus	
Schröer, Martin	
Schulze Baek, Franz-Josef	
Söller, Hubert	
Steindorf, Ralf	
Tendahl, Ludgerus	
Weber, Winfried	

Von der Verwaltung

Gottheil, Erich	Allgemeiner Vertreter
Isfort, Werner	Fachbereichsleiter
Roters, Dorothea	Schriftführerin
Wellner, Norbert	Fachbereichsleiter

Es fehlten entschuldigt:

Die Ratsmitglieder

Wessendorf, Ulrich

Wünnemann, Werner

Beginn der Sitzung:

19:10 Uhr

Ende der Sitzung:

22:10 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ratsmitglieder, die zahlreich erschienenen Zuhörer sowie den Vertreter der Presse, Herrn Barisch.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 17. Oktober 2006 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Rat beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Den verspäteten Beginn der Sitzung bat er zu entschuldigen, er habe seine Ursache in der vor der Ratssitzung anberaumten Ortsbesichtigung der Holzhackschnitzelheizung in der Handwerksbildungsstätte in Coesfeld, an der auch zahlreiche Ratsmitglieder teilgenommen hätten.

1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung des Rates gefassten Beschlüsse. Er wies darauf hin, dass in der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 28.09.2006 zu TOP 6 ö.S. zur Festlegung der Zeitabstände für die Regelbeurteilungen der Beamtinnen und Beamten versehentlich eine unveränderte Beschlussformulierung übernommen worden sei. Richtig und beschlossen worden sei die Formulierung der HFA-Niederschrift. Das Original der Niederschrift der Ratssitzung sei entsprechend korrigiert worden. Um den Aufwand zu beschränken, würde davon abgesehen, ein korrigiertes Protokoll nachzuliefern.

Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2 Änderung der Strukturen in der Abfallbeseitigung Vorlage: VII/430

Bürgermeister Niehues berichtete eingangs, dass in der Sitzung des Ver- und Entsorgungsausschusses keine Entscheidung getroffen worden sei. Es hätte daher zu dieser Sitzung eine neue Sitzungsvorlage mit verkürzter Ladungsfrist erstellt werden müssen, damit nunmehr ein Beschluss gefasst werden könne, der dann Grundlage für die weitere Umsetzung in einer Gebührensatzung 2007 sei. Die Zeit für eine Grundsatzentscheidung dränge nunmehr, da eine rechtzeitige Information der Bürgerinnen und Bürger angestrebt würde und auch ggf. mit einer großen Umtauschaktion von Müllgefäßen zu rechnen sei.

Für die CDU-Fraktion verdeutlichte Ratsmitglied Schulze Baek, dass seine Fraktion den Antrag gestellt hätte, um nicht nur mehr Gebührengerechtigkeit für alle Bürger, sondern auch langfristig eine Senkung der Höhe der Gebühren zu erreichen. Der Vorschlag seitens der SPD-Fraktion, ein Tonnensharing zuzulassen, könne auch von der CDU mitgetragen und auf weitere gemeinsame Nutzer ausgedehnt werden.

Auf Nachfrage von Bürgermeister Niehues bestätigte Fachbereichsleiter Isfort, dass ein Tonnensharing auch für mehr als zwei Grundstücke zulässig sei, da die Satzung keine Mindestabfallmenge vorschreibe. In der Beschlussvorlage könne die Begrenzung auf zwei Nachbarschaftsgrundstücke entfallen.

Ratsmitglied Neumann von der WIR-Fraktion bedankte sich für die sehr aussagekräftige und informative Sitzungsvorlage. Das Ansinnen der CDU-Fraktion würde auch von der WIR-Fraktion verfolgt. Die neue Gestaltung der Gebührensatzung sei ein weiterer Schritt in die richtige Richtung, um mehr Sozialverträglichkeit und Familienfreundlichkeit in der Gemeinde zu erreichen. Seine Fraktion wünsche sich allerdings eine Abstimmung getrennt nach den einzeln aufgeführten Unterpunkten, da die WIR in Punkt 2 (Straßensammlung) vom Vorschlag abweiche und die jährliche Durchführung der Straßensammlung für Grünabfälle beibehalten wolle, ggf. zu anderen Terminen angesetzt.

Für die SPD-Fraktion formulierte Ratsmitglied Branse die Haltung zur geplanten Änderung der Gebührensatzung. Die Vorschläge würden von seiner Fraktion inhaltlich mitgetragen, da die neue Satzung den Bürgern die Möglichkeit einräume, Gebühren zu sparen. Es gäbe nunmehr Anreize, Müll zu vermeiden. Allerdings wünsche die SPD eine Aufgabe der Quersubventionierung, wie sie unter Ziffer 5 noch vorgesehen sei. Die Kosten sollten sachgerecht zugeordnet werden. Bezüglich des Tonnensharings wies er darauf hin, dass hierzu die Satzung angepasst werden müsse, indem im Falle eines Tonnensharings vertragliche Regelungen zu treffen seien. Wegen dieser Änderungswünsche äußerte auch Ratsmitglied Branse den Wunsch auf Einzelabstimmung über die Ziffern 1-6 der Sitzungsvorlage.

Fraktionsvorsitzender Mensing erläuterte ausführlich die seitens der WIR angestellten Überlegungen zur Änderung der Satzung. Dem Vorschlag der SPD auf Tonnensharing könne sich seine Fraktion anschließen. Er wiederholte den Wunsch auf getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte.

Fraktionsvorsitzender Weber begrüßte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Idee des Tonnensharings. Mit dem Entwurf der neuen Gebührensatzung könne sich seine Fraktion einverstanden erklären. Er schlug vor, diese Satzung für ein Jahr zu testen, um nach Ablauf dieser Zeit zu prüfen, ob die Maßnahmen den gewünschten Erfolg erzielten.

An dieser Stelle zog Bürgermeister Niehues ein Zwischenfazit der Diskussion. Er wies darauf hin, dass die einzelnen Bürgerinnen und Bürger nach den Bestimmungen der alten Satzung nicht in der Lage gewesen seien zu sparen. Diese Möglichkeit würde aber durch die neuen Regelungen, insbesondere durch das Tonnensharing, eröffnet. Einsparungen könnten aber nur langfristig durch ein Umdenken und eine Verhaltensumstellung der Bürger im Sinne einer Müllvermeidung erreicht werden. Eine Quersubventionierung halte er zunächst deshalb für notwendig, um den Anreiz für die illegale Entsorgung von Biomüll zu verringern. Möglicherweise könne man nach einem Jahr auf diese Subventionierung verzichten.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Henken erläuterte Fachbereichsleiter Isfort das Abrechnungssystem am Wertstoffhof in Osterwick-Höven. Der Wunsch nach Vermeidung hoher Personalkosten hätte einige Schwachstellen bei der genauen Abrechnung der umzulegenden Kosten für die beteiligten Kommunen bewirkt.

Bürgermeister Niehues schlug vor, mit den beteiligten Kommunen und der Firma Remondis gemeinsam Überlegungen anzustellen, diese Schwachstellen zu beheben, ggf. durch Einführung der in der Vergangenheit bereits bewährten Berechtigungskarten, wie dies auch schon von der CDU-Fraktion angeregt worden sei.

Ratsmitglied Kuhl wies darauf hin, dass der Spareffekt für den einzelnen Bürger erst später spürbar werde, da die Berechnung der Gebühren zunächst noch auf der Grundlage der alten Zahlen erfolge. Außerdem müssten diejenigen, die zuvor von der mangelnden Differenzierung der Gefäßgrößen für Biomüll profitiert hätten, nunmehr voraussichtlich höhere Gebühren als zuvor bezahlen.

Ratsmitglied Newman wies darauf hin, dass ein Umdenken hin zu einer gezielten Müllvermeidung sinnvoll sei, dies aber für Familien mit Kleinkindern wegen des unvermeidbaren Windelmülls oft nicht möglich sei. Dieses ließe sich mit dem Ziel Familienfreundlichkeit kaum vereinbaren.

Ratsmitglied Neumann erkundigte sich, wie mit den auf gemeindeeigenen Grünflächen anfallenden Grünabfällen verfahren würde, wenn Bürger sich bereit erklärten, ehrenamtlich die Pflege zu übernehmen..

Bürgermeister Niehues erklärte, dass man hier einvernehmliche Lösungen mit den Betroffenen finden werde.

Ratsmitglied Rottmann stellte den Antrag auf Abstimmung.

Anschließend fasste der Rat folgende **Einzelbeschlüsse**:

1. Mit Wirkung vom 01.01.2007 werden ein 60-ltr.-Restmüllgefäß für den Innenbereich und ein 80-ltr.-Restmüllgefäß für den Außenbereich als zusätzlich zugelassene Gefäßgrößen eingeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Die jährliche Durchführung einer Straßensammlung für Grünabfälle wird ab dem Jahr 2007 eingestellt.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen

3. Die Abfuhrintervalle für die Bioabfallgefäße werden, beginnend mit dem Jahr 2007, in den Monaten Dezember bis Februar von 14-tägig auf 4-wöchentlich gestreckt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Die Gebührentarife werden für das Jahr 2007 dahingehend erweitert, dass neben der Einführung der erforderlichen Gebührentarife für die zusätzlichen Gefäße (60-ltr./80-ltr. Restmüllgefäß) eine Sondergebühr für die gefäßbezogene Bioabfallentsorgung eingeführt wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Für die Bemessung der Gebührensätze für die Sondergebühr wird eine Quersubventionierung insoweit vorgenommen, als der Aufwand für die Sammlung und Behältergestellung für die Bio-Gefäße nicht eingerechnet wird.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen
10 Nein-Stimmen

6. Es wird grundsätzlich zugelassen, dass sich Nachbargrundstücke (ohne zahlenmäßige Einschränkung) ein Restabfallgefäß und/oder ein Bioabfallgefäß teilen können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Im Anschluss an die Abstimmung regte Ratsmitglied Fedder an, die Bürgerinnen und Bürger mit dem Gebührenbescheid auf Einsparmöglichkeiten hinzuweisen.

Fachbereichsleiter Isfort erläuterte, dass nicht erst mit dem Bescheid, sondern bereits im Vorfeld alle Haushalte entsprechende Informationen zur neuen Satzung und zum neuen System erhielten. Hinweise zur Müllvermeidung würden hierin ebenfalls gegeben.

- 3 **2. Erweiterung des Bebauungsplanes "Nördlich der Höpinger Straße" im Ortsteil Darfeld**
hier: **Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3**
 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Satzungsbeschluss
 gemäß § 10 BauGB
Vorlage: VII/432

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Dem Beschlussvorschlag entsprechend der in der Sitzung des Ausschusses am 19.10.2006 vorgelegten Empfehlung wird zugestimmt.

Die 2. Erweiterung des Bebauungsplanes „Nördlich der Höpinger Straße“ im Ortsteil Darfeld mit dazugehöriger Begründung nebst Umweltbericht wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 4 **37. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Osterwick (Bereich Gewerbegebiet Eichenkamp)**
hier: **Prüfung und Abwägung der während der erneuten**
 öffentlichen Auslegung gemäß § 4a Abs. 3 Baugesetz-
 buch (BauGB) eingegangenen Stellungnahmen sowie
 Feststellungsbeschluss
Vorlage: VII/433

Bürgermeister Niehues erklärte, dass während der erneuten öffentlichen Auslegung nochmals eine Einwendung von Anliegern der Midlicher Straße eingegangen sei und hierüber in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses intensiv beraten worden sei.

Fraktionsvorsitzender Branse vertrat hinsichtlich der Abwägung die Auffassung, dass man sich nur für eine Richtung entschieden habe. Er hätte eine Kompromissfindung erwartet, insbesondere bezüglich der Zuwegung zum Gelände. Er halte dies allerdings nicht für so schwerwiegend, dass eine Zustimmung durch die SPD versagt werden müsse.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Dem Beschlussvorschlag entsprechend der in der Sitzung des Ausschusses am 19.10.2006 vorgelegten Empfehlung wird zugestimmt.

Die 37. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Osterwick nebst Begründung mit Umweltbericht in der Fassung der erneuten Offenlegung wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

**5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.10.2006 auf Modifizierung der Familienförderungsbedingungen beim Erwerb von Baugrundstücken
Vorlage: VII/437**

Fraktionsvorsitzender Weber begründete den Antrag seiner Fraktion und stellte eine Formulierung des Textes richtig.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.10.2006 wird zur Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6 Mitteilungen

6.1 Stellungnahme der HAHNE Revisions- und Treuhandgesellschaft mbH zu einer

Anfrage von SPD-Fraktionsvorsitzenden Branse

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass ein Schreiben der HAHNE Revisions- und Treuhandgesellschaft mbH zu einer die Eröffnungsbilanz betreffenden schriftlichen Anfrage der SPD-Fraktion vom 30.09.2006 vorläge. Er erkundigte sich, ob die Stellungnahme verlesen werden solle oder eine Beifügung des Schreibens als Anlage zur Niederschrift ausreiche. Der Rat sprach sich für die letzte Variante aus.

Die Anfrage und die entsprechende Stellungnahme sind der Niederschrift als **Anlage I a und I b** beigefügt.

6.2 Verkehrszählung und Geschwindigkeitsmessung am Darfelder Markt nach Öffnung des Durchgangsverkehrs

Bürgermeister Niehues berichtete, dass es nach Öffnung der Darfelder Marktes für den Durchgangsverkehr erneut Verkehrszählungen gegeben habe. Das Ergebnis stellte er dem Rat anhand von Folien vor. Feststellbar sei, dass der Verkehr im Vergleich zum Zeitpunkt vor der Freigabe der neuen Umgehungsstraße drastisch, nämlich um $\frac{3}{4}$ der ursprünglichen Zahlen, zurückgegangen sei. Die vorübergehende Sperrung des Darfelder Marktes für den Durchgangsverkehr habe seitens der Darfelder Gewerbetreibenden zu Beschwerden geführt. Die nun festgestellten Zahlen nach Aufhebung des Durchfahrtsverbotes zeigten, dass die Verkehrsbelastung für die Anlieger in einem erträglichen Umfang vorlägen. Allerdings hätte es immer noch einige Verkehrsteilnehmer gegeben, die sich nicht an die vorgeschriebene Fahrgeschwindigkeit hielten. Er schlage daher vor, noch weitere verkehrsberuhigende Maßnahmen auf der Eggeroder Straße durchzuführen.

Die Ergebnisse der Verkehrszählung sind der Niederschrift als **Anlage II** beigefügt.

6.3 Änderung des Sitzungskalenders

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass die ursprünglich für den 9. November 2006 geplante Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses entfallen könne, da nur eine geringe Zahl an Tagesordnungspunkten vorläge. Er schlug vor, auf diese Sitzung zu verzichten, zumal bereits für den 30. November 2006 die nächste HFA-Sitzung terminiert sei.

Dieser Vorschlag fand die Zustimmung des Rates.

7 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 Gescho

7.1 Verdeckte Geschwindigkeitsmessungen an der Schöppinger Straße in Osterwick - Herr Neumann

Ratsmitglied Neumann erkundigte sich nach dem Hintergrund für die verdeckten Geschwindigkeitsmessungen an der Schöppinger Straße in Osterwick.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass diese Messungen in Anbetracht zahlreicher Beschwerden von Anliegern, dass noch immer mit erhöhter Geschwindigkeit in der Ort gefahren würde, anberaumt worden seien. Hiermit würden jetzt die für die Polizei notwendigen Informationen gesammelt, die dann ggf. kurzfristige Radarmessungen ermöglichen.

7.2 Kosten für Umtausch von Müllgefäßen - Herr Fliß

Ratsmitglied Fliß erkundigte sich, ob der im Rahmen der Neugestaltung der Abfallentsorgung vermutlich verstärkt gewünschte Gefäßumtausch kostenpflichtig sei.

Fachbereichsleiter Isfort bestätigte dies. Die Satzung sähe die Kostenpflicht vor, da die Gemeinde diese Leistung schließlich auch der Fa. Remondis bezahlen müsse.

7.3 Bepflanzung des Kreisverkehrsbeetes in Osterwick - Frau Everding

Ratsmitglied Everding regte an, den Osterwicker Kreisverkehr durch Bepflanzung des Beetes attraktiver zu gestalten.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass dies letztlich eine Kostenfrage sei. Die Pflege des Beetes erfordere personelle Ressourcen. Eine Übernahme der Pflege durch Ehrenamtliche könne aber geprüft werden.

8 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO

8.1 Beleuchtung am Busparkplatz in Holtwick - Herr Strahl

Herr Strahl wies darauf hin, dass die Beleuchtung am Busparkplatz in Holtwick weiterhin defekt sei, obwohl er hierauf bereits in der letzten Ratssitzung hingewiesen habe.

Bürgermeister Niehues erklärte hierzu, dass dieser Sachverhalt den RWE bereits mitgeteilt worden sei.

8.2 Sackgassenschild an der Straße von Forcé in Holtwick - Herr Kreuzfeldt

Herr Kreuzfeldt regte an, an der Einmündung zur Straße von Forcé in Holtwick ein Sackgassenschild anzubringen, um Autofahrer frühzeitig auf diesen Sachverhalt aufmerksam zu machen.

Bürgermeister Niehues sagte eine Erledigung zu.

Zum Ende des öffentlichen Teils der Ratssitzung fand um 20.40 Uhr eine zehnminütige Sitzungspause statt.

Franz-Josef Niehues
Ausschussvorsitzende/r

Dorothea Roters
Schriftführer/in